



Gutachten: Freihandel auf Kosten der Umwelt

Gutachten: Freihandel auf Kosten der Umwelt
WWF: Bundestagsausschuss muss Neuanfang zu TTIP und CETA einleiten
Die enormen Vorbehalte gegenüber den geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) sind einem aktuellen WWF-Gutachten zufolge mehr als berechtigt. "Die Weiterentwicklung von Umweltpolitik in der EU steht zur Disposition, falls das CETA-Abkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada in der aktuellen Fassung in Kraft tritt", befürchtet Alois Vedder vom WWF Deutschland. "Die Bundesregierung kann und muss es stoppen!"
Die Naturschutzorganisation hat das geplante Abkommen von der Universität Kassel unter die Lupe nehmen lassen. Für Umweltschützer ist dieses inzwischen 1.500 Seiten umfassende Vertragswerk ein "umweltpolitischer Alptraum". Dem Gutachten zufolge lähme CETA die Umweltpolitik der EU immer dort, wo Negativeffekte auf Handel, Investitionen und die Gewinnerwartungen von einzelnen Unternehmen eintreten könnten. Der WWF kritisiert, dass die Staaten damit ihre Souveränität aufgeben, weitere Verbesserungen in der Umweltpolitik zu beschließen. Denn sie müssten die Notwendigkeit von Maßnahmen wie Ökosteuern oder dem Verbot von Chemikalien und Schadstoffen begründen. Komme es zum Streit, bliebe es privaten Schiedsgerichten im Rahmen von ISDS-Verfahren (Investor-State-Dispute-Settlement) vorbehalten, über die Maßnahmen zu entscheiden. Sie können an der ordentlichen Gerichtsbarkeit vorbei Unternehmen Schadensersatz auf Kosten der Steuerzahler zuerkennen.
Weit weniger geschützt als die Interessen international agierender Konzerne sind die umwelt- und sozialpolitischen Standards. Hier sieht CETA keine Einklagbarkeit oder andere Sanktionsmechanismen vor. Die CETA-Regelungen bekommen eine besondere Brisanz, weil sie als Vorbild für einen künftigen Vertrag zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership, kurz TTIP) gelten. Die umstrittenen Regeln würden dann in einer Wirtschaftszone gelten, die insgesamt einen für einen Anteil von 44 Prozent am Welthandel steht.
Das Gutachten der Universität Kassel nennt Beispiele, wo sich schon jetzt konkrete Verschlechterungen abzeichnen. Die Autoren befürchten negative Auswirkungen auf den Waldbestand Kanadas durch ein zunehmendes Handelsaufkommen. Ähnlich problematisch sei die vermehrte Einfuhr von Öl aus Teersanden mit besonders negativer Klimabilanz nach Europa. Darüber hinaus könnten mittel- bis langfristig bestehende Regulierungen (z.B. Fischerei-Management) unter Deregulierungsdruck geraten bzw. künftige Regulierungen erschwert werden.
Der WWF hält die Zustimmung der Bundesregierung zu den Freihandelsabkommen nur für gerechtfertigt, wenn Umweltstandards über die bisherige Praxis verbessert oder mindestens gehalten werden. Das in der EU geltende Vorsorgeprinzip dürfe nicht ausgehebelt werden, ISDS sei auszuschließen und die Transparenz in den Verhandlungen zu gewährleisten. Negative Auswirkungen auf Entwicklungsländer seien zu vermeiden.
Am kommenden Montag debattiert der Wirtschaftsausschuss des Bundestages über die Freihandelsabkommen. "Es ist wichtig, dass sich die Fraktionen auf der Anhörung kritisch mit den Plänen auseinandersetzen. Sie müssen den Druck auf Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel erhöhen, damit er die Reißleine zieht, um einen Neustart der Verhandlungen zu ermöglichen", so Alois Vedder.
Weitere Informationen:
Das Gutachten finden sie unter:
Alois Vedder
Fachbereich Politik
Tel.: 030-311 777 418
alois.vedder@wwf.de
www.wwf.de/ttip
Jörn Ehlers
Pressestelle WWF
Tel.: 030-311 777 422
joern.ehlers@wwf.de
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=590492 width="1" height="1">

Pressekontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

Firmenkontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

Der WWF will die Umwelt entlasten und er braucht finanzielle Mittel für den Naturschutz. Um diese Ziele zu erreichen, können Unternehmen wichtige Partner sein. Es gibt unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit. Sie reichen von Firmenspenden und Sponsoring-Maßnahmen über Lizenzkooperationen bis hin zu strategischen Kooperationen. Unser Ziel ist es, Gelder von Unternehmen in den Naturschutz umzuleiten. Aus diesem Grund arbeitet der WWF mit kleinen, mittleren und großen Unternehmen zusammen, die die Ziele des WWF unterstützen. Jede Kooperation ist individuell. Zu unseren Grundsätzen gehört es, konstruktiv und lösungsorientiert zu agieren, aber auch ein kritischer Sparringpartner zu sein. Ein wichtiger Baustein der Zusammenarbeit ist stets die Förderung des Umweltbewusstseins bei Kunden, Mitarbeitern und anderen Interessengruppen. Auch die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage bestätigen unser Handeln: Drei Viertel der Bevölkerung befürworten eine finanzielle Unterstützung des WWF durch Unternehmen (76%). Durch strategische Kooperationen mit wichtigen Wirtschaftsträgern nimmt der WWF Einfluss auf die Förderung von ökologisch nachhaltigem wirtschaftlichem Handeln. Wir arbeiten mit Unternehmen zusammen, um sie zu verändern. Die Wirtschaft schätzt den WWF als kompetenten, verlässlichen aber unabhängigen Partner, weil er wichtige Probleme anspricht und innovative Lösungswege aufzeigt. Jahr für Jahr erfreut sich der WWF einer wachsenden Zahl von Unterstützern. Immer mehr Menschen empfinden es als selbstverständlich, wo immer nötig der bedrängten Natur und Umwelt zu helfen. Sie sehen im WWF einen sachverständigen, lösungsorientiert arbeitenden Partner. Insgesamt wurden 54,3 Millionen Euro für Projekte, satzungsgemäße Kampagnen und Aufklärungsarbeit, Fördererbetreuung und -gewinnung sowie allgemeine Verwaltung verwendet. Der Anteil der Ausgaben für die allgemeine Verwaltung lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei fünf Prozent. Insgesamt wurden 2,8 Millionen Euro für die Finanz- und Personalverwaltung, die Büroorganisation sowie die IT-Administration aufgewendet. Hier konnten Einsparungen in Höhe von rund 160.000 Euro realisiert werden. Über 438.000 Menschen ? mehr als je zuvor ? haben zum Ende des Jahres 2011 auf diese Weise ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht und zu rund 60 Prozent der Gesamteinnahmen verholfen, das zeigt der aktuelle Jahresbericht des WWF. Die Jahreseinnahmen bei Spenden und Erbschaften betragen 32,1 Millionen Euro in 2011/12. Dies bedeutet ein Wachstum von drei Prozent gegenüber 2010/11. Im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres beschäftigte der WWF Deutschland an seinen drei Standorten (Berlin, Frankfurt, Hamburg) und in den vier Projektbüros (Dessau, Stralsund, Mölln und Husum) 186 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 122 Vollzeitkräfte. Im Vergleich zu 2011 (171 Mitarbeiter) entspricht das einem

Zuwachs von neun Prozent. Der Anteil der Mitarbeiterinnen beträgt 68 Prozent.